
FDP im Römer

UMBAU DER ESCHERSHEIMER LANDSTRASSE VERSCHÄRFT EXISTENZPROBLEME

05.09.2025

Die FDP-Römerfraktion nimmt die jüngste Stellungnahme der IHK Frankfurt zur Situation an der Eschersheimer Landstraße ernst und teilt die Sorgen der Gewerbetreibenden vor Ort. „Die IHK beschreibt eindrucksvoll, welche Belastungen die Umgestaltung mit sich gebracht hat. Dass viele Unternehmen Umsatzeinbußen von bis zu 40 Prozent beklagen, ist ein Alarmsignal, das in der städtischen Verkehrspolitik nicht überhört werden darf“, erklärt Yanki Pürsün, Vorsitzender der FDP-Fraktion. Pürsün betont, es gehe nicht darum, den Radverkehr zurückzudrängen, sondern vielmehr um ein besseres Miteinander.

Aus Sicht der Liberalen läuft die Verkehrspolitik an den Alltagsinteressen der Menschen vorbei. Dies unterstreicht auch der verkehrspolitische Sprecher Sebastian Papke: „Die Eschersheimer Landstraße ist eine Hauptverkehrsachse im Dornbusch. Sie kann nicht einfach so umgestaltet werden, ohne Rücksicht auf Gewerbe, Anwohner und Lieferverkehre. Es ist notwendig, hier auf weniger konfrontative Lösungen zu setzen. Die aktuelle Maßnahme hat kaum zusätzliche Sicherheit gebracht, dafür aber sehr viel Unmut erzeugt. Wir fordern, dass zumindest die bauliche Trennung des Radstreifens wieder zurückgebaut und die Markierung des Radstreifens schmaler angelegt wird. Mehr Kurzzeitparkplätze und zusätzliche Entsiegelungen könnten schon viel bewirken. Nur so schaffen wir wieder mehr Aufenthaltsqualität und vor allem bessere Bedingungen für Kunden und Betriebe.“ Zudem benötigt es eine Gesamtplanung für Radwege, die alternative Hauptrouten in verkehrsärmere Nebenstraßen einbindet. Papke ergänzt, dass die FDP seit Langem dafür eintritt, Verkehrsflächen flexibel und situationsgerecht aufzuteilen, statt starr ideologische Vorgaben durchzusetzen.

Auch die wirtschaftlichen Konsequenzen müssen endlich ernst genommen werden, mahnt der wirtschaftspolitische Sprecher Nathaniel Ritter. „Wenn Kundenzahlen um 30 Prozent

zurückgehen und dadurch Betriebe ihre Existenz bedroht sehen, darf die Stadt das nicht ignorieren. Die IHK hat zurecht darauf hingewiesen, dass gerade die Unternehmer frühzeitig eingebunden werden müssen. Wir brauchen ein echtes Gesprächsangebot, das den Interessen aller gerecht wird. Eine Verkehrspolitik, die den Mittelstand gefährdet, schadet am Ende dem ganzen Standort Frankfurt.“ Ritter warnt davor, die Sorgen der Betriebe als Einzelinteressen abzutun: „Der Wirtschaftsverkehr ist ein zentraler Bestandteil unserer Stadt. Nicht nur Anwohner kaufen im Frankfurter Einzelhandel ein, sondern auch Pendler und Besucher. Wer diesen Faktor vernachlässigt, schwächt Frankfurt als Wirtschafts- und Lebensstandort.“